



# Wirksamer Kinderschutz erfordert mehr Personal

**Rede von Heidrun Dittrich, 28. Januar 2010**

## **Ohne verbesserte Lebensbedingungen keinen wirksamen Kinderschutz**

Sehr geehrte Frau Präsidentin,  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Woran denken die Bürger im Lande, wenn sie das Wort „Kinderschutz“ hören?

An vernachlässigte Kinder und an das Jugendamt. Das Jugendamt wird hauptsächlich als eingreifende Behörde gesehen und die Kindeswohlgefährdung wird viel zu häufig als individuelles Versagen der Eltern dargestellt. Dies blendet aber aus, dass die Eltern in die Lage versetzt werden müssen und Bedingungen vorfinden müssen, um, die Bedürfnisse ihrer Kinder nach körperlichem und seelischem Wohlergehen, Anregung und Spiel, Schutz und Geborgenheit zu vermitteln.

Die Lebenslagen vieler Familien sind aber gerade durch Unsicherheit und Perspektivlosigkeit gekennzeichnet. Wer heute noch beschäftigt ist, kann morgen schon entlassen sein. Die berüchtigten Hartz-Gesetze und die Zunahme unsicherer

Beschäftigungsverhältnisse haben dazu geführt, dass eine Familienplanung erschwert wird. In Hannover wird z.B. bei Continental die LKW- Reifenherstellung komplett wegfallen, bei VW wurden zuerst die Leiharbeiter von Entlassung bedroht und selbst im öffentlichen Dienst bei der Stadtverwaltung werden erstmals Auszubildende nicht übernommen. Die Drangsalierung bei den Jobcentern macht den Menschen Angst und beschädigt ihre Würde. Denn sie können nichts dafür, dass ihr Arbeitsplatz wegfällt.

Meine Damen und Herren,  
glauben Sie denn, dass diese soziale Verunsicherung an den Eltern und Kindern spurlos vorübergeht? Kinder reagieren sensibel auf die Ängste ihrer Eltern, psychische Erkrankungen und Suizide bei Kindern nehmen zu. Dies sind Ausdrücke einer tiefen Verunsicherung in unserer Gesellschaft.

Die Jugendhilfe mit ihren pädagogischen Angeboten kann Kinder und Eltern ermutigen, zum Jobcenter begleiten, aber Arbeitsplätze kann die Jugendhilfe nicht hervorzaubern- auch nicht kleinere Klassen, mehr Erzieherinnen oder Lehrpersonal an Schulen. Die Jugendhilfe kann als Teilbereich der Sozialpolitik die gesamtgesellschaftliche Lage nicht ausgleichen. Ich meine, dass der Ansatz für einen wirksamen Schutz der Kinder vor allem in der Verbesserung der Lebenslagen der Familien liegt.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir leben im Zeitalter der Patchworkfamilien, deshalb muss das Steuerrecht auf diese Familienform, auf Alleinerziehende und unterhaltszahlende Väter ausgerichtet sein.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Kinder profitieren dann durch ein höheres Familieneinkommen.

Seit Jahren und nicht erst mit dem

Wachstumsbeschleunigungsgesetz werden im öffentlichen Dienst Steuergelder sozial ungerecht umverteilt, umverteilt von Unten nach Oben! Steuerliche Entlastungen für Unternehmen und die Rettung der Großbanken werden mit Kürzungen im sozialen Bereich bezahlt.

Von diesen Einsparungen werden auch die Sozialarbeiterinnen in den Jugendämtern nicht verschont !

Durch die Kürzungen in den Jugendämtern ging der präventive Charakter der Jugendarbeit verloren. Das KJHG stellt aber gerade diese Prävention in den Vordergrund.

Es ist bekannt, dass bei Abbau der öffentlichen Daseinsvorsorge der Anteil der ratsuchenden Familien und die Fallzahlen ansteigen. Durch stetigen Personalabbau entstand eine Überlastung der Sozialarbeiterinnen in den Allgemeinen Sozialen Diensten.

(Zuruf von der FDP: Gerade in Berlin)

Nicht einmal Fälle von Kindesmisshandlung mit Todesfolge, die sich bundesweit häufen , führen zu einer flächendeckenden Aufstockung in den Allgemeinen Sozialen Diensten. Ja, es gibt bis heute keine Mindeststandards im Verhältnis der Einwohnerzahl zur notwendigen bezirklichen Sozialarbeit. Auf Überlastungsanzeigen von Kolleginnen und Kollegen in den Jugendämtern wurde nicht reagiert. Es kam damit zum Organisationsversagen im Jugendamt Bremen. Den Tod des misshandelten zweijährigen Kevins, festgestellt am 10.10.2006 werden wir wohl nicht vergessen.

(Dr. Helge Braun (CDU/CSU): Das ist wohl wahr!)

Mit dem großen Kita- Streik im Sommer letzten Jahres forderten die Erzieherinnen und Sozialarbeiterinnen bessere Arbeitsbedingungen für sich und damit eine

qualitativ bessere pädagogische Betreuung.

Aus meiner Sicht kommen vor allen Dingen die Frühen Hilfen zu spät. Sie stellen keine Prävention dar, weil sie erst greifen, wenn die Probleme bereits aufgetreten sind. Die Hilfen werden als früh bezeichnet, weil sie am Lebensalter des Neugeborenen ansetzen, sie sind aber nicht frühzeitig genug, weil sie einsetzen, wenn sich die Problemlagen verfestigt haben.

Als Prävention können sie nur verstanden werden, wenn sie allen Eltern zugute kommen und nicht nur für Risikofamilien gelten. Sie beseitigen nicht den Personalengpass im Jugendamt..

Nicht nur Eltern müssen in die Lage versetzt werden, geduldig mit ihren Kindern umzugehen, auch die pädagogischen Kräfte im Öffentlichen Dienst benötigen mehr Zeit, damit sie sich beständig den Kindern und Familien zuwenden können und nicht erst kommen, wenn es brennt!

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Hierzu ist es erforderlich:

1. Die Verdoppelung des Personals in den Allgemeinen Sozialen Diensten der Jugendämter
2. Zeit für die soziale Arbeit im Stadtteil
3. Zeit für die Beratung der Kinder und Eltern.

Diese Forderungen der Beschäftigten und Wohlfahrtsverbände sind der Familienministerin bekannt.

Der beste Kinderschutz sind eine solidarische Sozialpolitik ohne Ausgrenzung .

(Beifall bei der LINKEN)

Wir sind uns wohl alle einig, dass die Kinder die Zukunft der Gesellschaft sind.

Daher müssen uns fragen lassen, welche Welt wollen wir unseren Kindern vererben? Wie sieht eine sichere

Zukunft aus?

Eine Welt ohne Krieg in Afghanistan

Eine Welt mit Löhnen, die zum Leben reichen und sozialer Absicherung

Eine Welt ohne Atomkraftwerke

Eine Welt ohne Klimakatastrophe

Diese Welt für unsere Kinder zu schaffen, ist unsere Aufgabe.

(Beifall bei der LINKEN)

.